

Der demografische Faktor und die Kulturpolitik

Eine Angst geht um in der deutschen Gesellschaft; es ist die Angst vor den Auswirkungen der demografischen Entwicklung. Nicht erst seitdem der Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frank Schirrmacher, auflagenstark ein »Methusalem-Komplott« (2004) prophezeit und beschworen hat, ist das Thema »Alter« auf die Agenda des gesellschaftspolitischen Diskurses gerückt. Auch in der Kulturpolitik ist das Thema seit einiger Zeit angekommen, auch wenn sich vieles noch im Kontext von Akademie-Diskursen bewegt. Im Vordergrund steht dabei die Sorge um die Überalterung des Kulturpublikums. Namentlich die schon sprichwörtlichen »Konzerte im Silbersee« (Gerhard Koch) begründen mittlerweile auch ein »Fracksausen« (Rainer Wagner) in den Entscheidungsetagen der kommunalen Kulturpolitik, was sie freilich nicht davon abhält, hier und dort den Bau neuer Konzerthäuser zu planen.

Es ist jedoch nicht nur die Altersentwicklung, die Sorgen bereitet. Ebenso bedeutsam sind die Tatsache der Multikulturalität und das Faktum der Schrumpfung als Folgen der demografischen Entwicklung, die eine öffentliche Kulturpolitik in ihren Grundfesten berührt, deren inhaltlicher Referenzrahmen westeuropäisch-okzidental ausgerichtet ist und die wie kaum ein zweiter Politikbereich auf Wachstum programmiert war. Wem die Probleme der angebotsorientierten Kulturpolitik mit dem Thema »Schrumpfung« bekannt sind und wer um die faktische Nichtexistenz einer interkulturell qualifizierten Kulturförderung weiß, dem wird leicht einsichtig sein, dass die kulturpolitischen Akteure auf diese Situation weder mental noch konzeptionell

vorbereitet sind. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich doch gerade die Neue Kulturpolitik als den gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber besonders aufgeschlossen verstanden hat.

Wenn vom demografischen Wandel gegenwärtig die Rede ist, folgt alsbald die Beschreibung: Wir werden weniger, älter und bunter. Damit sind in der Tat die wichtigsten Veränderungen benannt, auch wenn diese Charakterisierungen das Ausmaß der damit verbundenen Problematik nicht annähernd illustrieren. Man mag die apokalyptischen Warnungen von Frank Schirrmacher vor einem »Krieg der Generationen« und den zum Teil biologistischen Argumentationen nicht folgen können oder mögen, aber die referierten Daten zur Bevölkerungsentwicklung sind weitgehend unstrittig und wissenschaftlich belegt. Die damit verbundenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen sind so gravierend, dass die finanzielle Altersvorsorge, auf die das Problem in der öffentlichen Wahrnehmung häufig reduziert wird und die für viele Menschen schon schwierig genug ist, sich dagegen marginal ausnimmt.

Wem die Erfolge der angebotsorientierten Neuen Kulturpolitik bekannt sind und wer um die faktische Nichtexistenz einer interkulturell qualifizierten Kulturförderung weiß, dem wird leicht einsichtig sein, dass die kulturpolitischen Akteure auf diese Situation weder mental noch konzeptionell vorbereitet sind.

In sozialpolitischer Hinsicht ist zunächst darauf zu verweisen, dass die Sozial- und Gesundheitskosten aufgrund der Altersentwicklung explodieren werden und durch die sozialen Sicherungssysteme in gewohnter Höhe und Qualität nicht mehr getragen werden können, weil die Renten und die Ausgaben für die Nachkommen von einer immer weniger werdenden Zahl von Erwerbstätigen erwirtschaftet werden müssen. Ökonomisch ist damit zu rechnen, dass die »überalterte« (oder »unterjüngte«) Gesellschaft erhebliche Einbußen in ihrer Wirtschaftskraft erlei-

den wird.

Dr. Norbert Sievers ist Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft.



den wird. Schon jetzt wird vorgerechnet, dass Frankreich, aufgrund der bekannten höheren Geburtenrate, Deutschland Mitte dieses Jahrhunderts als stärkste Volkswirtschaft Europas ablösen könnte. *Sozial-kulturell* sind die Konsequenzen der demografischen Entwicklungen nicht minder alarmierend und gesellschaftlich neu. Das »Verschwinden der Enkel« ist nur ein Indiz für die Veränderung der Familienstrukturen und einem neuen Mangel an Verwandten und sozialen Netzwerken, was selbstverständlich nicht ohne Folgen für das soziale Zusammenleben der Menschen und die Pflege der Angehörigen im familären Kontext bleibt. Ebenso bedeutend ist die gewaltige Aufgabe, die auf die Gesellschaft zukommt, wenn mindestens 200.000 MigrantInnen jährlich integriert werden müssen. *Politisch* schließlich ist die größte Herausforderung zu bestehen, denn die Altersstruktur der Bevölkerung begründet eine neue Auseinandersetzung um Ressourcen. Man muss nicht den »Krieg der Generationen« als Menetekel an die Wand malen, um einen Eindruck von der Dramatik auch dieser Entwicklung zu bekommen. Die Belastungen, die den berufstätigen Menschen aus dem Generationenvertrag erwachsen, sind hinlänglich bekannt, ganz abgesehen davon, dass die alten Menschen in Zukunft über ihre Kaufkraft und ihre Wahlentscheidungen mehr politische und ökonomische Macht¹ entfalten können, als es dem generativen Gleichgewicht der Kräfte womöglich zuträglich ist.

Die Konsequenzen des demografischen Wandels, die hier nur angerissen sind und die ja nur einen Teil des gesellschaftlichen Strukturwandels insgesamt ausmachen, sind für sich schon problematisch genug. Umso beängstigender sind sie, als die zugrunde liegenden Veränderungsprozesse irreversibel sind und schon in naher Zukunft eintreten werden. Ein Stichdatum ist das Jahr 2015. Dann wird eine zahlenmäßig, ökonomisch und kulturell so starke Generation wie die sogenannten »Babyboomer«, die zwischen 1955 und 1970 geboren wurden, langsam das Rentenalter erreichen. Nicht wenige befürchten, dass

die Konsequenzen der demografischen (Alters-)Entwicklung der Gesellschaft dann wie ein Schock bewußt werden, andere sehen es gelassener und warnen vor »Alarmismus« und »Hysterie« in dieser Frage. Wer sich allerdings vergegenwärtigt, welche Proteste schon die Einführung der »Rente mit 67« bewirkt hat, wird sich leicht ausmalen können, dass die angekündigten Verwerfungen nicht kommentarlos hingenommen werden und dass es Gründe genug gibt, alarmiert zu sein.

Was hat das alles mit Kulturpolitik zu tun? Sehr viel. Die Schrumpfung der Bevölkerung ist auch für die Kulturpolitik ein Fakt und wird sich selbstverständlich auswirken auf die Besucherstruktur der Kultureinrichtungen und bei Investitionsentscheidungen für neue Einrichtungen. In den ostdeutschen Bundesländern ist das Thema Rückbau kultureller Einrichtungen kein Tabu mehr und wird richtigerweise als Gestaltungsaufgabe ernstgenommen. Dort wie hier gibt es keinen politisch plausiblen Grund, weshalb Kindergärten und Schulen geschlossen werden und die kulturelle Infrastruktur auf Dauer unangetastet bleiben sollte. Die Infrastrukturpolitik der Städte ist insgesamt betroffen. Schon deshalb liegt es im Eigeninteresse der Kulturpolitik und der Kulturinstitute, sich diesen Fragen frühzeitig zu stellen. Dies war ein Motiv für die Tagung »Kultur und Alter«, die auf Initiative des *NRW KULTURsekretariats* in Kooperation mit der *Kulturpolitischen Gesellschaft* und dem *Paritätischen Wohlfahrtsverband* im November letzten Jahres in Wuppertal stattfand, auf deren Vorträge der vorliegende Schwerpunkt u.a. beruht. Auf Grund der großen Bedeutung, die wir diesem Thema für die Kulturpolitik beimessen, haben wir uns entschlossen, die referierten Fakten zur Altersentwicklung in Deutschland von Franz Xaver Kaufmann in voller Länge zu veröffentlichen. Ferner soll der Analyse des Problems in diesem Heft eine Vorstellung und Diskussion der kulturpolitischen Konsequenzen und praktischer Arbeitsansätze im nächsten Heft folgen.

Norbert Sievers

1
Allein in den USA soll die Generation der »Babyboomer« 75 Millionen Menschen umfassen, die die Kontrolle über 70 Prozent des Vermögens in den USA haben sollen. Diese Zahlen lassen auch für Westeuropa erahnen, welche Marktmacht und politische Macht diese Generation in den westlichen Demokratien repräsentiert (Schirmmacher 2004: 68f.).

Im Auftrag des NRW-Kultursekretariats hat das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft eine Studie zum Thema »Kultur und Alter – Kulturangebote im demografischen Wandel« erstellt (Klartext-Verlag, Essen 2006). Als Autoren zeichnen Norbert Sievers und Wolfgang Hippe. Diese Studie wurde auf der hier teildokumentierten Tagung in Bielefeld vorgestellt. Sie gibt einen Überblick über neuere Literatur zum Thema und fasst die Ergebnisse in vier Kapiteln zusammen. Einem einleitenden Kapitel über Aspekte des demografischen Wandels, das die Auswirkungen desselben referiert sowie Erklärungsversuche und Prognosen und den Wandel des gesellschaftlich vorherrschenden Bildes vom Altern und vom Alter vorstellt, folgt eines mit empirischem Material zur kulturellen Beteiligung von Senioren. Das nach Sparten gegliederte Kapitel macht dabei deutlich, dass zur genaueren Abgrenzung der relevanten Kohorten bisher noch ungenügend Material zur Verfügung steht. Aus den in groben Zügen nachzuzeichnenden Tendenzen können jedoch in einem dritten Kapitel Konsequenzen gezogen werden, die als »Seniorenkulturarbeit zwischen Empowerment und Marketing« umschrieben sind. Abschließend werden Konsequenzen für die Kulturpolitik vorgestellt und Handlungsempfehlungen gegeben. Diese reichen von der Forderung, das »Bürgerrecht auf Kultur« zu aktualisieren, über Flexibilisierung des Angebotsspektrums bis zur Verstärkung von Kulturmarketing und Kulturforschung. (Red.)

